

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontakto:
Gebr. Krügel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Autohauptmannschaften Dresden-Kreuzstadt und Dresden-Altkadt.

Abonnementspreis einschließlich Briefporto monatlich 36,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 106,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 36,00 M., Einzelnummer 2,- M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25281.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Nonpareilzeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 8-spaltige Reklamazeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefüberlegung 3 M.

Nr. 155

Dresden, Donnerstag den 6. Juli 1922

33. Jahrg.

Rathenaumord und Marktentwertung

Die letzten Tage haben uns eine Valutafatastrophe gebracht, wie wir sie in diesem Ausmaße noch nicht gehabt haben. Schon seit dem bekannt geworden war, daß die Anleiheverhandlungen in Paris gescheitert seien, bewegte sich der Dollar nach aufwärts. Während am 1. Juni für einen Dollar an der Börse 272,15 M. gezahlt wurden, stand der Dollar am 22. Juni auf 326,08 M., am 24. Juni, dem Tage der Ermordung Rathenaus, stieg er bereits auf 344,56 M., um bis zum 4. Juli auf 444,55 M. in die Höhe zu klettern. Zweifellos hat die Ermordung Rathenaus die Aufwärtsbewegung des Dollars beschleunigt und stark dazu beigetragen, daß in kurzer Zeit der Dollarkurs so stark gestiegen ist. Rathenau galt im Auslande als der Mann, der am ehesten geeignet war, eine Erleichterung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands herbeizuführen. Durch seine Ermordung ist der Kredit Deutschlands in der Welt stark geschädigt worden. Allerdings hätte der Mord eine berartige Wirkung auf den Stand unserer Valuta nicht ausüben können, wenn nicht allzu viele Gründe für eine Verschlechterung der deutschen Valuta vorhanden wären, so daß jeder Anlaß sehr leicht ein schnelles Fortschreiten der Marktentwertung zur Folge haben kann.

Die tiefsten Ursachen zur Entwertung der deutschen Mark liegen darin, daß wir an das Ausland viel mehr zu bezahlen, als wir zu bekommen haben. In erster Reihe kommt hier die starke Belastung Deutschlands durch seine Reparationsverpflichtungen in Frage, aber auch wenn wir nicht auf Grund des Friedensvertrages so große Zahlungen zu leisten hätten, wäre unter Zahlungswilligkeit stark passiv. Wir haben einen Einfuhrüberschuß, dem entsprechende Einnahmen aus dem Auslande angelegtem Kapital, aus Reederei usw., in entsprechender Höhe nicht gegenüberstehen. Da wir über genügend Zahlungsmittel zur Bezahlung unserer Einfuhr nicht verfügen, wird unsere Verschuldung gegenüber dem Auslande immer größer, kein Wunder, daß unter diesen Umständen unsere Mark im Auslande immer mehr entwertet wird.

Unsere Wirtschaftspolitik hat der Lage Deutschlands nie genügend Rechnung getragen, man hat sich nie dazu aufschwingen können, die Einfuhr überflüssiger Auslandswaren in der notwendigen Weise einzudämmen. Die fast restlose Eröffnung der freien Wirtschaft hat zur Folge, daß wir mit unsern inländischen Bodenerzeugnissen sehr wenig hausbacken umgehen. So verwenden wir z. B. einen großen Teil unser Getreides, unsern Karloffeln und unsern Jutes zur Herstellung von Alkohol und müssen die so verbrauchten Mengen durch Einfuhr ersetzen.

Für die Massen des deutschen Volkes ist der neueste Marktzug verhängnisvoll. Er muß zur Folge haben, daß die Lebenshaltung noch viel schneller fortschreitet als bisher. Da, abgesehen vom Umlagegetreide, die Preisbildung bei fast allen Rohstoffen und Verbrauchsgüterarten frei ist, muß das Sinken der Valuta dazu führen, daß auch binnen kurzem die Kosten der Lebenshaltung annähernd in demselben Maße steigen wie der Dollar. Inwieweit wird dann auch die Erhöhung der Löhne und Gehälter eintreten, aber wir hoffen ja nur zu gut, daß diese Erhöhungen auch im besten Falle der Geldentwertung nachhinken.

Unsere Industrie wird wahrscheinlich durch das Steigen des Dollars zunächst von neuem belebt werden. Wir waren in vielen Waren infolge des Steigens unseres inländischen Preises und Preisniveaus an den Weltmarktpreis herangekommen und es wurde behauptet, daß die deutsche Industrie im Auslande vielfach nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Durch die rasche Entwertung der Mark dürfte zunächst die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie wieder hergestellt sein, aber dieser Vorteil wird in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder verschwinden. Nur so lange unsere Preise durch die Zwangsmaßnahmen in weitem Umfange gebunden waren und infolgedessen die Lebenshaltungskosten nur langsam der sinkenden Valuta folgten, konnte längere Zeit die Spannung zwischen dem inländischen und dem ausländischen Preisniveau erhalten bleiben. Jetzt, wo fast nichts mehr ein schnelles Emporkommen der Preise verhindert, werden die Produktionskosten unserer Industrie auch sehr rasch in die Höhe gehen, so daß trotz dem neuen Valutazug wir wieder bald nicht mehr konkurrenzfähig billiger werden produzieren können, als das Ausland.

Unsere Unternehmern werden infolge des Marktzuges wieder große Papiergeldgewinne zufließen, einmal deswegen, weil sie, zunächst wenigstens, hohe Valutagesinne werden einstreichen können, und weil sie vielfach Waren, deren Produktionskosten noch verhältnismäßig niedrig waren, zu den hohen, dem gesunkenen Geldwert entsprechenden Preisen verkaufen können. Doch wird ihnen die Freude an diesen Gewinnen nicht allzu lange anhalten, weil sich wahrscheinlich die Kapitalgeber der Industrie sehr vergrößern wird. Schon jetzt wird von allen Seiten über Kapitalnot geklagt und die Banken verschärfen ihre Kreditbedingungen. Die Vermehrung der Zahlungskraft in den letzten Monaten reicht, trotzdem die Notenbank so eifrig arbeitet, nicht aus, um den steigenden Bedarf unserer Volkswirtschaft an Umlaufmitteln zu befriedigen. Die starke Erhöhung der Rohstoffpreise und Löhne

in den letzten Monaten hat zur Folge gehabt, daß schon jetzt das Betriebskapital vieler Unternehmer nicht ausreicht, und die Schwierigkeiten müssen noch größer werden, wenn Löhne und Preise von neuem bedeutend in die Höhe gehen. Es ist zu befürchten, daß viele Unternehmungen aus Kapitalmangel ihre Betriebe einschränken müssen und dadurch Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird.

Darüber, ob die Abwärtsbewegung unserer Valuta in absehbarer Zeit zum Halten kommen wird, läßt sich gar nichts sagen. Da dauernd die Nachfrage nach ausländischen Waaren das Angebot übersteigen wird, so sind wir nicht davor sicher, daß in einigen Wochen der Dollar auf 700 oder 1000 steht. Selten könnte uns im Augenblick nur eine größere Auslandsanleihe, die aber ohne eine Milderung der Reparationsbedingungen nicht zu erlangen ist. Kann sich die Entente zu einer Milderung unserer Reparationslasten nicht recht bald entschließen, so drohen infolge der Marktentwertung nicht bloß dem deutschen Volke, sondern der ganzen Weltwirtschaft die schwersten Gefahren.

Deutsche Arbeiten für Frankreich

Paris, 5. Juli. Nach einem gestern vom Ministerrat der Reparationskommission überwiesenen Plane zur Ausführung bestimmter öffentlicher Arbeiten unter Mitwirkung Deutschlands beträgt der Anteil Deutschlands an der Regulierung der Rhone 2856 Millionen, der französische Anteil 595 Millionen Franken, an der Regulierung der Truyere 129 Millionen an französischen Arbeiten, für die Dordogne an 185 Millionen deutscher und 106 Millionen französische Arbeit, für den Vogesenkanal 65 500 000 Franken deutsche und 500 000 Franken französische Arbeit, für den Seine-Wal-kanal und den Seine-Wal-kanal 502 Millionen an deutscher und 88 Millionen Franken an französischer Arbeit, für Poas und Seldre 880 400 000 Franken an deutscher und 59 500 000 Franken an französischer Arbeit. Die Regulierung der Rhone erfordert 12 000 Arbeiter mit zehnstündiger Arbeitszeit, d. h. eine Ausgabe von 1200 Millionen für die Löhne für Deutschland und 100 Millionen für Frankreich. Der Kreuzer fordert 1800 Arbeiter während vier Jahren und 45 Millionen Franken an Löhnen. Die Dordogne verlangt 12 500 Arbeiter für vier Jahre. Der Vogesenkanal braucht 600 Arbeiter für vier Jahre. Die Verbindung von Seine und Mosel

Die Sicherung der Republik

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 6. Juli. Im Rechtsausschuß des Reichstages begannen heute morgen die Beratungen über das Gesetz zum Schutz der Republik. Abgeordneter Dühringer (Deutsche Volksp.) verlangte eine Generaldebatte zur Klärung der Frage, ob dieses Gesetz noch notwendig sei, nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten bestünde, und ob die Erklärung des Reichspräsidenten, daß sich die Verordnung nur gegen rechts richtet, auch für dieses Gesetz gelte. Der Ausschuss lehnte eine Generaldebatte ab.

Zu § 1 führte Abgeordneter Bell (Zentrum) u. a. aus: Dieser Paragraph richtet sich gegen die Mordverbrechen. Nach dem Strafgesetzbuch würden in solchen Fällen nur die Täter gefasst, nicht aber diejenigen, die die Hauptrolle tragen. Nicht eher belassen wir Ruhe, als bis diese Verbrechen beseitigt und ausgeräumt seien. Der § 1 sei der Kernpunkt der ganzen Vorlage. Es sei erforderlich, ein Gesetz zu machen, die Verordnung könne auf die Dauer nicht genügen. Die Mordverbrechen seien so vorsätzlich organisiert, daß sie an anderen Stellen des Reichs aufstehen, wenn sie an einer Stelle niedergeschlagen seien. Bei der Strafbemessung fordert er für Verbrechen, durch die der Tod des Opfers herbeigeführt wird, die Todesstrafe, für die anderen lebenslängliche Zuchthausstrafe.

Reichsminister der Justiz Kappeler erklärte, ein Gesetz sei notwendig, weil die Verordnung des Reichspräsidenten mit dem Rechtschaffen oder Wegfallen der Gefahr außer Kraft würde. Erst nach einer neuen Tat könne die Verordnung wieder in Kraft gesetzt werden. Bis brauchen aber ein Gesetz, um der neuen Gefahr vorzubeugen. Die Erklärung, daß die Verordnung des Reichspräsidenten nur gegen rechts angewendet werden soll, habe sich nur auf die Verordnung bezogen.

In dem vorliegenden Gesetz sei ausdrücklich von der Verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform die Rede. Das Gesetz könne also gegen diejenigen angewendet werden, die gegen die verfassungsmäßige republikanische Staatsform mit Gewalt vorgingen. Nur schwer habe er sich entschlossen, die Todesstrafe in das Gesetz hineinzubringen. Wenn ein neues Strafgesetzbuch vorgelegt hätte, das die Todesstrafe nicht enthält, so wäre sie auch in diesem Gesetz fortgefallen. So lange das Strafgesetzbuch aber die Todesstrafe habe, müsse sie auch bei diesen Staatsverbrechen angewendet werden.

Der Gedanke, auch die Volksvertreter gegen die Mordverbrechen zu schützen, sei ihm sympathisch. Er wüßte diesen Antrag auch auf andere führende Männer im öffentlichen Leben, wie Gerlach, Harden und andre, ausgedehnt. Diesen Gedanken könne man vielleicht in

erfordert 200 Millionen Frank an Löhnen. Die Arbeiten werden wie gewöhnliche öffentliche Arbeiten unter Leitung französischer Ingenieure vorgenommen. Ein großer Teil der Lieferungen und des Materials wird der französischen Industrie vorbehalten.

Botenwechsel in Berlin

Paris, 5. Juli. Nach einer Habermeldung wird in politischen Kreisen erklärt, daß die Ernennung des Verwaltungsdirektors im Ministerium des Reichens Maurice Berthelette zum französischen Botschafter in Berlin an Stelle von Laurent unmittelbar bevorsteht.

Verhandlungen über Regierungs-Erweiterung

Am Mittwoch mittag begannen die ersten Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Koalitionsparteien und der Sozialdemokratie über die Erweiterung der Reichsregierung nach links. Die Verhandlungen trugen unverändlichen Charakter. Sie sollten im Laufe des Donnerstags fortgesetzt werden.

Die Verhüllung des zweiten Rathenaumörders

Berlin, 5. Juli. Wie die T. U. von zuständiger Stelle erfährt, bestätigt es sich, daß der zweite Mörder Rathenaus verhaftet worden ist. Genauere Mitteilung über die Persönlichkeit des Verhafteten könne noch nicht gemacht werden, doch trifft es zu, daß der Verhaftete dem Verbände nationalgesinnter Soldaten angehört.

Düsseldorf, 5. Juli. Der im Zusammenhang mit der Ermordung Rathenaus verhaftete Praktikant Kauerz ist gestern auf Geheiß des Oberreichsanwalts beim Staatsgerichtshof nach Berlin übergeführt worden. Kauerz kommt nicht als Mörder in Betracht. Es besteht aber starker Verdacht der Begünstigung.

Englische statt deutsche Kohle

Die Reichsregierung hat an die Reparationskommission das Ersuchen gerichtet, die rückständigen Kohlenlieferungen für Juni und Juli in englischen Kohlen ersetzen zu können. Dieses Ersuchen wird durch die schlechte Lage auf dem Kohlenmarkt begründet. Die englische Kohle soll selbstverständlich auf Kosten Deutschlands von England nach Frankreich transportiert werden. Gleichzeitig hat die Reichsregierung der Reparationskommission eine Denkschrift über die Lage auf dem Kohlenmarkt überreicht. Diese Denkschrift soll die Grundlage für das neue Kohlenlieferungsprogramm bilden, das bekanntlich Mitte August in Kraft treten soll. Die Verhandlungen über das neue Programm werden in der kommenden Woche in Paris aufgenommen werden.

den Schicksalbestimmungen des Gesetzes verbindlichen wegen den Zentrumsantrag, der die nächsten Verwandten von der Angeklagten befreien will, habe er nicht eintreten lassen, weil entsprechende Erleichterungen auch schon im Vorentwurf im Strafgesetzbuch vorgesehen seien.

Der Unabhängige Levi führte aus: Das Gesetz dient der Wiederherstellung der Moral, die vielen auf der Angeklagten Rechte abhandeln gekommen sei. Das Niederknien von Menschen müsse unmöglich gemacht werden. Sympathisch sei ihm auch der Schutz der Volkvertreter. Seine Parole sei bereit, auch alle im öffentlichen Leben Stiehler zu sühnen. Levi wendet sich gegen alle Abmilderungen, die auf eine Verkürzung der Angeklagten auslaufen. Alle diese Anträge bedeuten eine Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes. Nach dem Strafgesetzbuch seien sowohl die nächsten Verwandten, wie auch die Gefährlichen verpflichtet, Mordabsichten, die ihnen zur Kenntnis kommen, anzuzeigen.

Abgeordneter Wiffell (Soz.) erklärt mit größtem Nachdruck, daß das Gesetz nicht genüge. Die Republik sei verloren, wenn sie nicht hart genug austritt. Er begründet folgenden Antrag zu § 1: Mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus werden bestraft: a) Personen, die an einer Verbrechen oder Verbrechen teilgenommen, von der sie wissen, oder den Umständen entnehmen müssen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung des Landes oder des Reichs zu sein. b) für Personen, die ohne an einer solchen Verbrechen oder Verbrechen teilzunehmen, einer zu a) bezeichneten Person durch Rat oder Tat oder durch andere Weise, besonders durch Zuwendungen, wissenschaftliche Hilfe leisten. c) Personen, die an einer solchen Verbrechen oder Verbrechen oder um die Absicht eines Anschlagens wissen, werden mit Zuchthaus bestraft, wenn sie das Bestehen der Verbrechen oder Verbrechen oder die Täterschaft, die ihnen bekannten Täter oder deren Verwandten und den durch das Verbrechen betroffenen Personen nicht unverzüglich mitteilen.

Abgeordneter Kahl (D. V.) hält das Gesetz nicht für notwendig, da die vorliegende Verordnung genüge.

Der Demokrat Koch tritt für das Gesetz ein. Seine Reaktion sei sogar für gewisse Verschärfungen zu § 1 andererseits Minderungen aber auch gewisse Milderungen geschaffen worden. Er wünscht, daß die Angeklagten der Verbrechen nicht von der Angeklagten befreit werden. Koch polemisiert dann gegen den Antrag Bell, der nur im Fall einer Ermordung die Todesstrafe anordnet wissen soll.

er
n
2.-
5.-
2.-
5.-
5.-
5.-
0.-
0.-
fter
ert:
lofer
M.
1158
O M.
adlung
abe
len
und dera.
den
1082